

Rutesheim, den 4. Mai 2022

Antrag: Die Stadt Rutesheim tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ bei.

Begründung:

Im Grundgesetz ist das kommunale Selbstverwaltungsrecht festgeschrieben. Dort heißt es, Aufgabe der Kommunen sei es, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“.

Was den tatsächlichen Handlungsspielraum einer Kommune betrifft, bleibt es fraglich, wie eng der genannte „Rahmen der Gesetze“ fallweise ist. Das gilt insbesondere für den Bereich des innerörtlichen Verkehrs. Gerade beim erst kürzlich beschlossenen Mobilitätskonzept und beim Lärmaktionsplan haben sich die Grenzen des jeweils gültigen Handlungsspielraums als besonders eng erwiesen. So entstand beim Lärmaktionsplan der Eindruck, dass sich rechnerisch ermittelte Lärmzahlen vom individuellen Eindruck spürbar unterschieden. Beim Mobilitätskonzept hat sich gezeigt, dass manches von dem, was vor Ort helfen könnte, aus diversen rechtlichen Gründen nicht umsetzbar ist. Und auf die Situation auf den übergeordneten Verkehrswegen haben wir so gut wie keinen Einfluss, obwohl gerade hier die meisten Emissionen entstehen. Darum sollten wir zumindest innerorts das maximal Mögliche für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger anstreben. Doch genau hier sind uns oftmals die Hände gebunden.

Hier setzt die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ an (<https://lebenswerte-staedte.de/>). Sie engagiert sich für attraktive und lebenswerte öffentliche Räume. Im Mittelpunkt stehen dabei Straßen und Plätze als Rückgrat der Städte. Um ihr Ziel zu erreichen, setzt die Initiative auf ein stadt- und umweltverträgliches Geschwindigkeitsniveau im Kfz-Verkehr – insbesondere auf den Hauptverkehrsstraßen. Genauer kämpft die Initiative dafür, „dass die Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden – zielgerichtet, flexibel und ortsbezogen.“ Kommunen sollen innerörtliche Geschwindigkeiten selbst festlegen können. Dabei soll auch ein flächendes Tempo 30 km/h von Ortsschild zu Ortsschild realisierbar sein, *sofern von der Kommune gewünscht und beschlossen*.

Die Initiative erfährt überaus großen Zulauf. In der Zwischenzeit gehören über 130 Kommunen der Initiative an, darunter größere Städte wie die Hauptstadt Berlin, aber auch Kommunen unserer Größenordnung wie z. B. Schopfheim oder Remseck am Neckar. Erst vor kurzem sind zudem die Städte Leonberg und Stuttgart beigetreten.

Was bringt Tempo 30 km/h innerorts? An erster Stelle mehr Sicherheit, insbesondere für gefährdete Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer, Fußgänger, Kinder, Alte oder mobilitätseingeschränkte Personen. Daneben wird auch der Lärm spürbar reduziert. Der Schilderwald wird gelichtet und die Verkehrssituationen übersichtlicher. Eine verringerte Geschwindigkeit verbessert zudem die Luftqualität und schont entsprechend das Klima.

Wir sind davon überzeugt, die bei uns immer noch vorherrschende Überbetonung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) würde damit spürbar reduziert. Das wäre ein wichtiger Baustein für ein zeitgemäßes und gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer, der zu einem Mobilitätsmix einlädt und dazu animiert, sich zu Fuß, per Fahrrad, per CarSharing, per ÖPNV oder manchmal auch mit dem eigenen Auto fortzubewegen.

Anlage: Positionspapier samt Liste der teilnehmenden Städte (Stand 3. Mai 2022)